

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2010 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7902

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und gebe zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes das Wort an unseren Finanzminister, Herrn Dr. Linssen. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In wenigen Tagen jährt sich die Insolvenz der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers. Seit dem Zusammenbruch der Bank am 15. September 2008 ist auf den internationalen Finanzmärkten nichts mehr wie vorher. Die Staaten weltweit stehen vor der größten Herausforderung der Weltwirtschaft in der Moderne. So jedenfalls bezeichnen die Vertreter der G-20-Staaten die Weltwirtschaftskrise in ihrer Abschlussklärung zum Londoner Finanzgipfel vom 2. April 2009.

Aufgrund der anhaltenden Krise schätzt der Internationale Währungsfonds, dass die Weltwirtschaftsleistung 2009 um 1,3 % zurückgehen wird. Für den Welthandel erwartet er einen Rückgang um 11 %. Die OECD prognostiziert sogar einen Rückgang von 12 %. Deutschland mit seiner hohen Exportabhängigkeit hat im letzten Jahrzehnt stark vom weltwirtschaftlichen Wachstum profitiert. Das heißt im Umkehrschluss: Deutschland ist jetzt besonders stark vom Schrumpfungsprozess betroffen.

Für das gesamte Jahr 2009, meine Damen und Herren, rechnet die Bundesregierung ebenso wie die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 6 %. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist damit erheblich gestört.

Erfreulicherweise mehren sich jüngst die Anzeichen für eine Besserung der konjunkturellen Lage. Die Exportzahlen bessern sich ebenso wie die Auftragseingänge in der Industrie und im Baugewerbe. Auch bei den Unternehmen wächst der Optimismus angesichts verbesserter Geschäftserwartungen.

Die ersten Wirtschaftsforschungsinstitute korrigieren bereits ihre Prognosen für das laufende und das kommende Jahr leicht nach oben. Ich glaube, wir alle freuen uns über diese hoffnungsvollen Signale. Aber ich kann vor verfrühter Euphorie nur warnen. Es gibt noch genug Unsicherheiten und Risiken. Wir

fahren immer noch auf Sicht, wenn sie auch heute klarer ist als noch vor einem Jahr.

Die konjunkturelle Lage bleibt angespannt. Wir sind, wie man im Rheinland so schön sagt, um Schmitz-Backes noch nicht herum. Die nächsten Monate werden daher wie auch die zurückliegenden Jahre von harter Regierungsarbeit geprägt sein. Für uns heißt dies weiterhin, das zum Wohle der Bürger unseres Landes Notwendige zu tun.

Dazu muss man manchmal auch vermeintlich unpopuläre Entscheidungen treffen. Das Aufspannen von Rettungsschirmen, die Milliarden-Garantien für Banken sind für viele ein Reizthema. Sie sind aber alternativlos, weil damit die Kreditversorgung der Unternehmen im Land und damit viele hunderttausend Arbeitsplätze gesichert werden konnten.

Würde, meine Damen und Herren, eine systemrelevante Bank wie die WestLB kippen, zöge sie die Sparkassen mit in den Strudel. Dann wäre mit der Kreditversorgung des Mittelstandes, umgangssprachlich gesagt, Schicht im Schacht. Wenn man also die Menschen in den Betrieben schützen will – denn sie haben sich nichts zuschulden kommen lassen –, sind die Garantien für die Banken, auch für die WestLB, zwingend. Die Kreditversorgung des Mittelstandes wäre ansonsten flächendeckend in Deutschland gefährdet.

Deshalb ist dieses Thema auch nicht geeignet für politische Spielchen. Hier geht es um die Zukunft der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Es wäre schön gewesen, wenn bereits 2008 alle Beteiligten Verantwortungsbewusstsein gezeigt hätten. Stattdessen haben sich hier einige in die Büsche geschlagen und sich vor der Verantwortung gedrückt. In schwierigen Zeiten, meine Damen und Herren, zeigt sich, ob jemand geeignet ist, Verantwortung zu übernehmen.

Unser Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre zahlt sich in diesen Tagen aus. Die in den letzten vier Jahren deutlich verbesserte finanzielle Basis des Landes hilft uns heute, den krisenbedingten Anstieg der Neuverschuldung zu begrenzen – trotz tatsächlicher Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Keine Frage: Aufgrund wegbrechender Einnahmen steigt die Nettoneuverschuldung im kommenden Jahr auf 6,596 Milliarden € an. Niemanden wurmt das mehr als mich. Aber trotz einer historisch einmaligen Krise bleibt die Nettoneuverschuldung um fast 130 Millionen € unter der Rekordneuverschuldung aus dem Jahre 2004. Damals machte die Regierung Steinbrück 6,724 Milliarden € neue Schulden – und das in einer Situation ohne vergleichbare Wirtschaftskrise.

(Sören Link [SPD]: Donnerwetter! – Ewald Groth [GRÜNE]: Wie viele Steuereinnahmen haben Sie denn jetzt?)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung gewährleistet aktuell die Stabilität, die unser Land braucht, damit es gestärkt aus der Krise hervorgehen wird. Wir halten Kurs bei der Erneuerung unseres Landes und investieren in die wichtigste Ressource, die wir haben: unsere Kinder und Enkel. Diese zukunftsweisende Politik für kommende Generationen werden wir nach der Krise beherzt vorantreiben und den Konsolidierungskurs der Jahre 2006 bis 2008 fortsetzen.

Um unser Ziel, den strukturellen Ausgleich des Landeshaushalts, zu erreichen, werden wir die notwendigen Schritte gehen. Dies wird mit vielen Beschwerden und großen Herausforderungen verbunden sein. Uns allen sollte es aber den Schweiß der Edlen wert sein.

Angesichts der von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Schuldenbremse werden Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, sich nicht mehr in die Büsche schlagen können. Der Debatte über das notwendige Maß staatlicher Aufgabewahrnehmung sind Sie über Jahrzehnte und damit schon viel zu lange ausgewichen.

Wir werden diese Debatte mit der gebotenen Sachlichkeit, aber auch der notwendigen Durchsetzungskraft führen. Letztlich wird die Einsicht siegen, dass nur ein Staat, der nicht überall seine Finger drin hat, im Ernstfall Krisen bewältigen und den Schwachen wirklich helfen kann. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Zur Einbringung des Entwurfs für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 erteile ich Herrn Innenminister Dr. Wolf das Wort. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 steht, wie es bei den Gemeindefinanzierungsgesetzen immer der Fall ist, im Kontext der gesamtstaatlichen Wirtschaftsentwicklung, die der Finanzminister gerade intensiv geschildert hat.

Im Jahr 2008 hatten wir eine sehr gute Finanzlage der Kommunen, die historisch höchsten Steuereinnahmen und einen positiven Finanzierungssaldo zu verzeichnen. All das waren gute Nachrichten, wenngleich damals schon – das muss man konzedieren – mit der Entwicklung der Kassenkredite auch etwas Besorgniserregendes festzustellen war. Im Gegenzug allerdings gingen auch die fundierten Schulden um 2 Milliarden € zurück, sodass sich insgesamt eine als positiv zu bezeichnende Entwicklung gezeigt hat.

Im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten, über die die Opposition immer gerne mit Schuldzuwei-

sungen diskutiert, möchte ich an dieser Stelle – auch den Damen und Herren auf der Tribüne – noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir natürlich in den letzten Jahren Probleme der Vergangenheit zu bewältigen hatten. Allein in den Kommunen belief sich, wenn man die Eigenbetriebe, die Kernhaushalte, eben alles zusammenfasst, der Aufwuchs an Verbindlichkeiten in den Jahren 2000 bis 2005 auf 10 Milliarden € und davon allein in den letzten zwei Jahren – 2003 bis 2005 – auf 5 Milliarden €.

Dagegen ist der Anstieg im Verlauf der letzten drei Haushaltsjahre deutlich niedriger ausgefallen. Wenn uns also heute jemand von der Opposition Vorwürfe macht, heißt das: Die Vorwürfe weisen im Grunde genommen sofort auf Sie zurück. Es geht nämlich darum, dass die Ursachen für die kommunalen Schwierigkeiten in den 40 Jahren gelegt worden sind, in denen die Sozialdemokraten hier regiert haben, vor allen Dingen in den letzten 10 Jahren unter der Beteiligung der Grünen.

Im Jahr 2009 hat sich die Wirtschaftsleistung verschlechtert. Insbesondere für das erste halbe Jahr ist ein Rückgang beim Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 17,5 % zu attestieren. Jetzt zeigt sich wieder, dass die Gewerbesteuer keine verlässliche, dauerhafte Einkommensart der Kommunen ist, sondern eine ganz besonders konjunkturanfällige „Achterbahnsteuer“, und dass ein sinkendes Aufkommen sofort Löcher in kommunale Haushalte reißt.

Insofern bleibt zu konzedieren, dass wir allein mit der Frage nach der jährlichen Finanzierung der Kommunen zu kurz greifen. Wir brauchen endlich eine durchgreifende Reform der Gemeindefinanzierung unter Sicherstellung einer dauerhaften, planbaren Einkommensquelle. Das ist jedenfalls das Ziel, das angestrebt werden muss.

Im Jahr 2009 ergibt sich ein zusätzliches Problem aufgrund der gestiegenen Ausgaben. Sie alle haben die Diskussionen erlebt: über Tarifvertragserhöhungen für die in den Kindergärten Beschäftigten, über Personal und soziale Leistungen, über Aufstockungen bei Harz IV und die steigende Arbeitslosigkeit: All das hat die Kommunen natürlich zusätzlich belastet.

Dennoch ist festzustellen, dass die Anzahl der Haushaltssicherungskommunen mit 60 im Jahr 2009 deutlich niedriger liegt als in den Jahren unter den Vorgängerregierungen. 2004 hatten wir noch 180 und 2005 noch 198 Haushaltssicherungskommunen. Zugegebenermaßen ist das eine oder andere auch auf das neue kommunale Finanzmanagement zurückzuführen. Dennoch ist die deutliche Verringerung der Anzahl der Haushaltssicherungskommunen Fakt.

Wenn es um das Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 geht, ist, wie Sie wissen, auf Artikel 79 der Landesverfassung abzustellen. Hier ist zwischen

der Leistungsfähigkeit des Landes und den Notwendigkeiten abzuwägen, die sich bei der Gemeindefinanzierung ergeben.

Der Finanzminister hat, wie ich glaube, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Landeshaushalt sehr eindringlich geschildert. Das heißt, wir reden hier nicht davon, dass das Land in Saus und Braus lebte, während die Kommunen auf der anderen Seite verelendeten, sondern wir haben gemeinsam das Paket zurückgehender Einnahmen zu tragen.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass wir den Verbundsatz nach wie vor bei 23 % und es damit bei einem der höchsten im Bundesgebiet belassen haben. Das halte ich im Sinne der Kommunen für richtig und fair.

Wir sind noch in Diskussionen – das wissen Sie alle hier im Plenum – über die Neugestaltung des Finanzausgleichs. Mit den kommunalen Spitzenverbänden beraten wir noch über das Thema „Kosten der deutschen Einheit“. Dass wir an dieser Stelle zielführende Kommissionen eingesetzt haben, ist bekannt. Und wir werden versuchen, im Konsens einen Abschluss zu erreichen. Dabei müssen viele Dinge berücksichtigt werden. Ihnen ist bekannt, dass auch im GFG 2010 Etliches Beachtung gefunden hat, zum Beispiel der Steuertausch bezüglich der Kfz-Steuer oder die Förderung von Kindern unter drei Jahren. All diese Dinge beeinflussen natürlich den Steuerverbund technisch.

Für uns ist wichtig – das möchte ich gerne wiederholen –, dass wir auch im Jahre 2010 mit 7,72 Milliarden € einen sehr hohen, nämlich den zweithöchsten Zuweisungsstand seit Bestehen des Steuerverbundes, haben. Für die Kommunen bedeutet das die gute Nachricht, dass sie für das Jahr 2010 sehr gut ausgestattet werden, aber natürlich verbunden mit der Feststellung, dass sie damit nicht aus den Problemen heraus sind. Genauso wie der Landeshaushalt ständig der Konsolidierung bedarf, muss das auch in kommunalen Haushalten passieren. Denn wir leben nun einmal in einer Zeit, in der die Steuerquellen nicht mehr sprudeln. Darauf muss sich jeder Haushaltsgesetzgeber einstellen.

Dass alles unter dem Vorbehalt der im November erscheinenden endgültigen Zahlen über die Steuereinnahmen steht, ist klar. Aber mir ist wichtig, noch einmal festzuhalten, dass wir mit unserer Referenzperiode den Kommunen Planungssicherheit gewähren und von daher die Möglichkeit eröffnen, ihre Haushalte aufzustellen. Das ist ein großer Vorteil. Auch hier haben wir über die Jahre Verlässlichkeit gezeigt.

Im GFG 2010 gibt es zum ersten Mal eine Besonderheit bezüglich der Einbindung der Städteregion. Sie erinnern sich sicherlich an das von diesem Parlament beschlossene Aachen-Gesetz. Finanzneutral haben wir das neue Gebilde im GFG abgebildet.

Bei den Mitteln des Steuerverbundes gibt es für die Kommunen wiederum ein extrem hohes frei verfügbares Volumen, nämlich von 86 %. Auch das ist, glaube ich, bundesweit ein vorbildliches Ergebnis. Wir wollen mit Hilfe der Schlüsselzuweisungen den Kommunen die Möglichkeit einräumen, frei über das Geld zu verfügen und sie nicht über Zweckzuweisungen binden. 86 % ist eine hervorragende Quote.

Darüber hinaus – darauf sind wir ein Stück weit stolz – erhalten die Kommunen immer noch die uns wichtigen entsprechenden Sonderpauschalen. Die Schulpauschale/Bildungspuschale beträgt nach wie vor 600 Millionen € und die Sportpauschale 50 Millionen €. Wir wissen um die Wichtigkeit von Bildung und Sport gerade im kommunalen Leben. Dort soll ein Schwerpunkt gesetzt werden.

Heute wird die erste Modellrechnung für die Kommunen zur Verfügung gestellt, sodass ein exaktes Herunterbrechen auf die einzelne Kommune möglich ist. Das alles können Sie über das Internet, aber auch über eine händische Version nachverfolgen.

Mit dem Gesetzentwurf zum GFG 2010 wird die Landesregierung ihrer Verantwortung gegenüber allen Kommunen gerecht. Wir haben gezeigt, dass wir über die Jahre ein verlässlicher Partner sind. Zur Konsolidierung aufzufordern sind alle, die mit Haushalt zu tun haben. Ich finde es richtig und wichtig, dieses zu betonen.

Aber wir sollten auch die positiven Botschaften nicht vergessen. Gerade mit den 2009 und 2010 zur Verfügung stehenden Mitteln des Konjunkturpaketes verbinden sich für die Kommunen eine Menge Chancen, in die Bereiche zu investieren, die wir in der Zukunft besonders brauchen. Bildung ist da ein ganz starkes Stichwort. Ich bin sicher, dass es, wenn wir unsere Investitionen an dieser Stelle nach wie vor verstärkt einsetzen, Chancen gibt, aus der wirtschaftlichen Misere wieder herauszukommen und, was den Steuerverbund und die Zuweisungen der Kommunen betrifft, insgesamt zu besseren Ergebnissen zu kommen.

In diesem Sinne herzlichen Dank und alles Gute für unsere Kommunen auch im Jahre 2010!

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister. – Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben im Ältestenrat vereinbart, unmittelbar nach den Einbringungsreden die Aussprache zu eröffnen.

Ich erteile für die SPD-Fraktion der Vorsitzenden Frau Hannelore Kraft das Wort. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war schon ein merkwürdiger Duktus, der diesen beiden Reden, die wir gerade gehört haben,

(Dietmar Brockes [FDP]: Nächstes Jahr schon!)

der im Übrigen die privaten Haushalte im Wesentlichen überhaupt nicht berührt.

(Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

Das ist geringfügig.

(Dietmar Brockes [FDP]: Was?)

– Sehr geringfügig. Das, was Sie an Schulden anhäufen und wofür wir Zinsen und Tilgung in diesem Lande zu zahlen haben, ist ein Vielfaches von dem, was Sie den Menschen innerhalb von zehn Jahren zurückgeben wollen. Stattdessen verpassen Sie die ökologische Lenkungswirkung einer solchen Abgabe. Die Großunternehmen, die zum Schaden unseres Naturhaushaltes viel Wasser verbrauchen, sind durch eine solche Abgabe nämlich angehalten, Wasser zu sparen. Sie in Ihrem Klein-Klein-Kariertem können aber nur eine Wasserabgabe von 86 Millionen € sehen.

Wenn der Erfolg dieser Koalition lediglich darin besteht, dass Sie die Bevölkerung, aber im Wesentlichen nicht die Privathaushalte – im Wesentlichen entlasten Sie ja die großen Firmen –, um 8,6 Millionen € im nächsten Jahr entlasten wollen, muss ich wahrlich sagen: Das ist weder ein Erfolg für private Haushalte noch ein Erfolg für Industrieunternehmen. Es ist eine Niederlage, was Ökologie und Lenkungswirkung insgesamt im Landeshaushalt angeht.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal auf das andere Thema zurückkommen: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen haben es nicht nötig, dass sich dieser Ministerpräsident vor sie stellt. Sie haben es nicht nötig, dass man ihre Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, aber auch die in diesem Land, verunglimpft.

Deshalb meine ich, wir sollten diese Haushaltsberatungen nicht nur zum Anlass nehmen, darüber nachzudenken, wie wir mehr Integration in diesem Lande schaffen können, sondern auch zum Anlass nehmen, darüber nachzudenken, wie man es als gewählter Politiker schaffen kann, zuzugeben, etwas falsch gemacht zu haben, und zu sagen, das es in Zukunft nicht mehr vorkommen soll: Es tut mir leid! – Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Groth. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Haushalt? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir kommen zum GFG. Ich erteile Herrn Jäger für die SPD-Fraktion das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt wird das Gemein-

definanzierungsgesetz beraten, das zum Inhalt hat, wie erhebliche Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen unter den 396 Kommunen aufgeteilt werden sollen. Dazu hat der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen vor etwa vier Stunden eine Rede gehalten. Wir sollten im Ältestenrat einmal darüber diskutieren, ob diese Art der Haushaltsberatung überhaupt Sinn macht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn es nicht Rede und Widerrede gibt, sondern erst vier Stunden später auf vergangene Zitate Bezug genommen werden kann, ist das dem Parlamentarismus nicht sonderlich dienlich.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Obwohl wir alle ein langes Gedächtnis haben, gerade was Versprechungen angeht!)

– Herr Groth, wir haben nicht nur ein gutes Gedächtnis, es ist auch protokolliert, und wir können darüber hinaus mitschreiben; ein bisschen habe ich heute Morgen mitgeschrieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten einen Blick auf die Finanzsituation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen werfen. Diese haben rund 13 Milliarden € Kassenkredite aufgehäuft. Dem, was bei uns der Überziehungskredit beim Girokonto ist, entsprechen bei den Kommunen kurzfristige Kredite bei Bankinstituten, die sie für teures Geld haben aufnehmen müssen, um ihre Aufgaben zu finanzieren.

Jede vierte Kommune in Nordrhein-Westfalen – Herr Dr. Wolf, wir sollten nicht darüber streiten, was ursächlich auf das Neue Kommunale Finanzmanagement zurückgeht – hat keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. Diese dramatische Situation hat sich insbesondere in den letzten zwei Jahren im Rahmen einer Hochkonjunktur, in der die Steuereinnahmen so sehr sprudelten wie noch nie zuvor, zugespitzt. Dennoch sind eine ganze Reihe – die meisten – Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit ihrem Geld nicht ausgekommen und haben Schulden machen müssen, einige in einer existenzbedrohenden Höhe.

Viele Kommunen sind finanziell schlichtweg am Ende. Sie schaffen es nicht, die ihnen übertragenen Aufgaben, Pflichtaufgaben wie beispielsweise die Sozialausgaben, die Hilfen zur Erziehung, die Eingliederungshilfen für Behinderte, die dynamisch wachsen, zu erfüllen, auch weil die Landeszuweisung die Dynamik nicht nachvollzogen hat. Sie verfügen über ein strukturelles Defizit, das sich aus Einnahmen auf der einen Seite und Ausgaben auf der anderen Seite erklärt; ein Defizit, das vielerorts so groß ist, dass die Kommunen selbst dann, wenn sie auf alle freiwilligen Leistungen verzichten würden – Hallenbad, Bücherei, Museum, Schauspielhaus –, nicht in der Lage wären, die ihnen übertragenen Aufgaben mit dem zur Verfügung stehenden Geld zu finanzieren. Sie würden – und tun dies seit

Jahren – vergeblich und immer wieder sparen, tatsächlich aber immer weiter in die Schuldenfalle hineinsteuern und letztendlich auf einem Schuldenberg sitzen, der von ihnen selbst nicht mehr abzubauen ist.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Sicherlich gibt es auch aus den Kommunen immer wieder plakative Beispiele, dass Ausgaben nicht sachgerecht getätigt worden sind. Aber das ist keine Erklärung und erst recht keine Entschuldigung dafür, dass die Kommunen schon vor der Finanzkrise in großen Schwierigkeiten waren und ihre Finanzausstattung seit vielen Jahren völlig unzureichend ist. Sie sind nicht mehr in der Lage, die aufgehäuften Altschulden sowie die strukturellen Defizite aus eigener Kraft abzudecken. Das hat im Übrigen nichts mit politischer Farbenlehre, also damit zu tun, wer gerade die Mehrheit in der jeweiligen Kommune hat. Vom tiefen Oberbergischen Land bis hin ins Ruhrgebiet gibt es überall dieselben Probleme.

Das ist äußerst deprimierend für die neu gewählten Ratsmitglieder und Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten. Sie finden Haushalte vor, die ihnen die nach der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen übertragenen Rechte und Pflichten nehmen, nämlich sich sehr ortsnahe und zielorientiert um die Probleme der Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden zu kümmern. Es existieren Haushalte, die jeden Gestaltungsspielraum vermissen lassen.

Das ist, objektiv betrachtet, die Situation in den nordrhein-westfälischen Kommunen, die nicht von der SPD oder anderen schlechtgeredet wird, sondern das ist die Meinung der kommunalen Spitzenverbände, der Finanzwissenschaft und derer, die sich seit vielen Jahrzehnten im kommunalen Finanzbereich tummeln. Die Lage hat sich trotz Hochkonjunktur in den letzten drei Jahren dramatisch verschlimmert.

Es ist die Frage: Was legt die Landesregierung angesichts einer solchen Situation vor? Wie begegnet sie diesen Problemen? Wo sind ihre Lösungen, Konzepte, Ideen, wo sind ihr Mut und ihre Kraft, tatsächlich einer solchen Situation zu begegnen?

(Ewald Groth [GRÜNE]: Sie hat eben nicht die Kraft! Die Kraft habt ihr!)

– Die Kraft haben wir; in der Tat, Herr Groth.

Ich habe heute Morgen zwei Dinge mitgeschrieben, die Herr Innenminister Wolf erklärt hat: Es gebe eine gute Nachricht für die Kommunen. Der Zuweisungsstand sei der zweithöchste in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. – Das mag rechnerisch noch stimmen, Herr Wolf, aber Sie wissen selbst, dass das unwahr ist. Wahr ist, dass sich dieser Zuweisungsstand aus einem Referenzzeitraum ergeben hat, für den noch völlig andere Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen zugrunde gelegt worden sind. Um es einfach aus-

zudrücken: Sie werden den Kommunen im nächsten Jahr im Rahmen des GFG wieder einiges von den 7,2 Milliarden € wegnehmen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: 7,7 Milliarden €, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, unser Innenminister hat heute Morgen gesagt: Das Land Nordrhein-Westfalen ist ein verlässlicher Partner der Kommunen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Da wird aber in 396 Gemeinden gelacht!)

Wahr ist dagegen – das kann ich Ihnen nicht ersparen –, dass es eine ganze Liste von Grausamkeiten gibt, die in den letzten Jahren in einer unheilvollen Allianz zwischen Finanz- und Innenminister einen Rollgriff auf, ja geradezu einen Raubzug durch die kommunalen Kassen ausgelöst haben.

Sie haben dafür gesorgt und hier beschlossen, dass die Grunderwerbsteuer für die Kommunen wegfällt – jährlich 180 Millionen €. Das heißt, die Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben seit 2006 720 Millionen € weniger erhalten.

Sie haben den Verbundsatz um 1,17 % reduziert; das sind noch einmal 414 Millionen €. Kürzung bei der frühkindlichen Bildung: 141 Millionen € weniger. Kürzung der Förderung der Betriebs- und der Investitionskosten bei Kindergärten: 87,5 Millionen € weniger. Einbehaltung von Bundesmitteln für Betriebskosten für Krippenplätze: 72 Millionen € weniger. Kürzung für Kindertagesstätten mit besonderen Angeboten: minus 18,7 Millionen €

(Minister Dr. Helmut Linssen: Herr Jäger!)

Unterdeckung im Landesjugendplan seit 2006, Herr Linssen: 78,8 Millionen €. Kürzung der Erstattung bei der Schülerbeförderung: 115 Millionen €. Kürzung der Zuschüsse nach dem Weiterbildungs-gesetz: 34 Millionen €. Streichung der Mittel für unabhängige Beratungsstellen: 4,9 Millionen €. Streichung der Kofinanzierung beim Ziel-2-Programm: 6,8 Millionen €. Kommunalisierung der Umweltverwaltung: 24 Millionen €. Kappung der Haushaltsmittel „Frau und Beruf“: 9 Millionen €. Kürzung bei den Mitteln für die Frauenhäuser: 9,4 Millionen €. Verdoppelung des Anteils an den Krankenhausinvestitionen: 330 Millionen €

Wenn man das einmal zusammenrechnet, stellt man fest, dass Sie die Kommunen in Nordrhein-Westfalen seit 2006 um 1,15 Milliarden € schlechter gestellt haben.

Das ist aber noch längst nicht alles. Sie wissen, dass seit 2006 ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes für das Land Nordrhein-Westfalen existiert, in dem dem Begehren der klagenden Kommunen recht gegeben und festgestellt wird, dass die Heranziehung der Kommunen zur Finanzierung des Solidarpaktes Ost offensichtlich, um es einmal dip-

lomatisch auszudrücken, in einem nicht ganz fairen Ausgleich zwischen Interessen von Land und Kommunen stattgefunden hat. Wenn man es anders formulieren möchte, kann man auch sagen, dass die Kommunen wissentlich und bewusst abgezockt worden sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das Gutachten von Frau Prof. Dr. Färber liegt seit letzter Woche vor – seltsamerweise erst drei Tage nach der Kommunalwahl – und weist aus, dass den Kommunen auch nach Ihren Eingeständnissen und kleineren Rückzahlungen immer noch 1,15 Milliarden € vorenthalten worden sind.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Jetzt ziehen wir einmal einen Strich darunter. Von 2006 bis 2009 haben Sie die Kommunen in Nordrhein-Westfalen um 3,3 Milliarden € erleichtert. Das ist auch kein Gutachterstreit, wie Herr Stahl heute Morgen gemeint hat. Vielmehr beruhen diese Zahlen auf einem Urteil des Landesverfassungsgerichtshofes.

Herr Linssen und Herr Wolf, Sie legen hier einen Haushalt vor, in dem dieses Urteil und Ihr eigenes Anerkenntnis der Berechtigung der Rückzahlungsforderung – was Sie letztendlich damit manifestiert haben, dass Sie schon 650 Millionen € vorab überwiesen haben – an keiner Stelle wiederzufinden sind. Diese Außenstände bei den Kommunen in der Größenordnung von 1,1 Milliarden € werden in diesem Haushalt nicht mit einem Cent erwähnt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Dieser Haushalt ist nicht so viel wert wie das Papier, auf dem seine Zahlen stehen.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Das ist alles andere als eine verlässliche Politik gegenüber den Kommunen. Oder, um auf das Zitat von Herrn Wolf zurückzukommen, das Land sei der verlässliche Partner der Kommunen in Nordrhein-Westfalen: Ja, verlässlich in dem Sinne, dass man in die rechte Tasche 1 € hineinsteckt und aus der linken Tasche mindestens 2 € wieder herausholt. – Beim Abzocken ist diese Landesregierung gegenüber den Kommunen wirklich ein verlässlicher Partner.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Schönfärberei, die Herr Wolf heute Morgen angesichts der desaströsen Situation vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen betrieben hat, ist eine Schönfärberei der Gegenwart. Selbst wenn man das tut, weil man – aus welchen Gründen auch immer – politisch nicht in der Lage war und ist, in der Vergangenheit und heute etwas gegen die Verarmung unserer Städte in Nordrhein-Westfalen zu tun, hätten wir aber zumindest erwartet, dass gelegentlich ein Blick in die Zukunft gerichtet wird. Dann hätte man den objektiven Tatbestand wahrgenommen, dass die Kommunen aus eigener Kraft nicht

mehr aus der Schuldenfalle herauskommen – nicht durch eigenes Verschulden, sondern durch eine Dynamik bei ihren Ausgaben, die zu Kosten führen, die durch Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen des Landes nicht mehr gedeckt sind. Diesen Blick in die Zukunft hätte man erwarten können.

In diesem Zusammenhang habe ich Folgendes mitgeschrieben, Herr Wolf: Angesichts wegbrechender Steuereinnahmen muss sich jeder Haushaltsgesetzgeber – in Klammern: Land und Kommunen – darauf einstellen, selbst zu konsolidieren. – Ich will einmal so sagen: Das ist eine klare Kampfansage an all diejenigen, die sich Sorgen um den Finanzstatus der Kommunen in Nordrhein-Westfalen machen.

Herr Linssen – er hat gerade den Saal verlassen – gehört selbst zu diesem Kreis. Er hat zu Recht gesagt: Angesichts dieser desaströsen Situation müssen wir etwas für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen tun; mindestens den zehnten am stärksten verschuldeten Städten muss geholfen werden. – Das ist kein sehr substanzieller Vorschlag, auch kein wirklich weitreichender, aber zumindest der Beginn der Erkenntnis, dass hier offensichtlich etwas zu tun ist.

Das Schöne ist, zu hinterfragen, was denn der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen dazu erklärt. Wir haben einen entsprechenden Punkt auf die Tagesordnung der letzten Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform setzen lassen. Der Vorschlag von Herrn Linssen geht also in eine richtige Richtung. Was macht jetzt der Innenminister, zuständig für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, mit diesem Vorschlag? Ich konnte leider nicht an der genannten Sitzung teilnehmen, weil ein anderer Ausschuss parallel getagt hat, habe mir aber von meinen Kollegen berichten lassen und letztendlich das Ganze noch einmal ungläubig im Ausschussprotokoll nachvollzogen. Was hat der Innenminister dazu gesagt? Ganz genau gar nichts – nicht ein Wort.

Wenn der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen schon zugesteht, dass die kommunale Finanzkrise so groß ist, dass denen geholfen werden muss, denen es am schlechtesten geht und denen das Wasser bereits bis zur Unterlippe steht, frage ich mich, wieso dieses andere Mitglied der Landesregierung einen solchen Vorschlag nicht aufgreift und nichts unternimmt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Wolf, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das, was Sie heute Morgen mit Blick auf die Zukunft der Kommunalfinanzen vorgetragen haben, entbehrt jeglicher Antwort auf die drängendsten Probleme. Sie haben kein Konzept. Sie haben keine Ideen. Sie haben keinen Mut. Darüber hinaus sind Sie gegenüber Ihren eigenen Regierungskolleginnen und -kollegen auch noch beratungsresistent.

Mehr noch, Herr Wolf: Wenn Sie schon die Gegenwart schönfärben und die Zukunft nicht in den Griff bekommen wollen, dann unterlassen Sie doch bitte wenigstens das Gesabbel, dass man die Gewerbesteuer abschaffen müsse. Das würde doch dazu führen, dass in einer Stadt wie Düsseldorf 960 Millionen € und in einer Stadt wie Köln 1 Milliarde € Gewerbesteuereinnahmen fehlen. Wie, um Himmels willen, wollen Sie diese Ausfälle denn in irgendeiner Weise kompensieren? Sie sind natürlich nicht zu kompensieren.

Ich glaube, dass Sie das Ganze politisch-ideologisch betrachten. Ihnen geht es bei diesem Vorschlag letztendlich darum, die Unternehmen zu entlasten. Zahlen sollen es die Bürger.

Wir haben einen klaren Vorschlag unterbreitet, wie die Zukunft zu gestalten wäre. Ich würde mich freuen, Herr Wolf und Herr Linssen, wenn Sie sich herablassen würden, den Vorschlag wenigstens einmal mit uns zu erörtern und zu diskutieren.

Wir haben klar gesagt: Es muss denen geholfen werden, die aus eigener Kraft aus dieser Finanzkrise nicht herauskommen, und zwar zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, die in diesen Städten und Gemeinden leben. Denen muss geholfen werden, und das mit einer Doppelstrategie. Wir müssen sie einerseits über einen bestimmten Zeitraum von den Altschulden, von Zinsen und Tilgungen entlasten, damit sie wieder Luft zum Atmen haben, das Nötigste, das Wichtigste an Reparaturen in ihren Städten, in ihren Schulen und in den anderen öffentlichen Gebäuden durchführen können. Auf der anderen Seite müssen sie die Möglichkeit haben, diese Luft für den Konsolidierungsprozess in den Städten zu nutzen.

Die Rückübertragung dieser Altschulden erfolgt nur dann mit einem Abschlag von 50 %, wenn diese Kommunen tatsächlich nachgewiesen haben, dass sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Konsolidierungsinstrumente auch wirklich ausgenutzt haben.

Jetzt kann man darüber reden, ob man an den Stellschrauben dieses Konzeptes das eine oder andere verbessern kann. Im Gegensatz zu dieser Landesregierung, die angesichts dieser kommunalen Finanzkrise sprachlos ist, haben wir zumindest ein Konzept vorgelegt, das Sie in ihrer Bunkermentalität aber nicht einmal zur Kenntnis nehmen wollen. Ihnen ist egal, was da draußen geschieht. Die liberale Ideologie hat den Vorrang, Kommunen sollen sich selbst konsolidieren. Am besten nehmen wir ihnen zukünftig noch das Geld weg, was Ihre Klientel, nämlich die Unternehmen, in die kommunalen Kassen zu zahlen haben, sprich: die Gewerbesteuer.

Jetzt spreche ich zu den Kolleginnen und Kollegen der CDU, zu allen vieren, die gerade da sind: Wir als die beiden Volksparteien tragen mit wenigen Ausnahmen in den 396 Kommunen die politische

Verantwortung. Jeder von Ihnen, der kommunalpolitisch aktiv war, aktiv ist oder eine Affinität dazu hat, weiß genau, was in den kommunalen Kassen los ist. Wir alle wissen: Wenn der Landesgesetzgeber, mit welchen intelligenten und kreativen Konzepten auch immer, den Kommunen nicht hilft, geht dort jeder Gestaltungsspielraum verloren.

Ich sage Ihnen ganz offen: Wir sollten miteinander diskutieren, wie die kommunalen Finanzen zu verbessern sind. Das setzt aber eines voraus, meine Damen und Herren von der CDU: Legen Sie diesen Innenminister, der offensichtlich beratungsresistent ist, endlich an die Leine! Er schadet den Kommunen mehr, als er nutzt. Es ist Ihre Aufgabe, dafür in der Landesregierung zu sorgen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Jäger. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Lux das Wort.

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger! Einen Teil Ihres Beitrages habe ich sehr interessiert zur Kenntnis genommen; insbesondere teile ich die Schilderung der Situation der Kommunen in finanzieller Hinsicht in Ansätzen durchaus. Dass Sie mit Übertreibungen arbeiten, dass Sie verallgemeinern, ist Ihnen als Oppositionspolitiker geschuldet. Das ist egal.

Wir sind uns alle einig in diesem Hause, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen, wie es uns gelingen kann, zumindest die am schlimmsten betroffenen Kommunen aus ihrer desaströsen Finanzsituation herauszuholen. Da gebe ich Ihnen ohne Weiteres recht.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Aber, da fängt bei Ihnen schon das Problem an. Das einfach nur festzustellen, ist zu billig. Da müssen Sie schon einen Schritt weiter denken. Seit Monaten warte ich auf einen Gegenfinanzierungsvorschlag von Ihnen. Sie tönen, die Verschuldung des Landes steige, die Landesregierung und die Mehrheit unternähmen nichts, um zur finanziellen Konsolidierung des Landes beizutragen. Sie wissen andererseits aber ganz genau, dass Ihr Vorschlag eine Menge Geld kostet.

Wir diskutieren seit Langem in den Fraktionen darüber, wie man die Finanzsituation der Kommunen verbessern kann. Isoliert können Sie das weder auf eine Kommune beziehen noch auf das Land Nordrhein-Westfalen. Das wissen Sie ebenfalls ganz genau. Vielmehr hängen viele Systeme unmittelbar miteinander zusammen. Da ist der Bund gefordert, da ist die Frage der Belastungen durch Grundsicherung, durch Hartz IV und anderes mindestens ge-

nauso zu betrachten wie die Frage des horizontalen Finanzausgleichs auf Landesebene.

Wir sitzen in einer Kommission zusammen, die sich auf der Grundlage des IFO-Gutachtens sehr intensiv damit beschäftigt, wie wir zu einer gerechteren Verteilung der Mittel zwischen den Kommunen kommen können.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Das ist ein so diffiziles System, dass man hier nicht einfach sagen kann: Wir haben mal einen Vorschlag gemacht. – Da muss man schon etwas ernster hergehen. Ich darf Sie an die Diskussionen innerhalb der großen Gemeinschaften, der kommunalen Spitzenverbände erinnern, die sehr unterschiedlicher Ansicht sind, wer denn welchen Beitrag zur Gesundung der Kommunen zu leisten hat. Das ist selbst unter den Kommunen strittig.

Lassen Sie mich zum GFG 2010 kommen. Der Entwurf knüpft in seiner Kontinuität an die vergangenen Gemeindefinanzierungsgesetze an. Und, Herr Jäger – das kann ich Ihnen nicht ersparen, da stimme ich dem Innenminister ausdrücklich zu –, das Land erweist sich einmal mehr als seriöser und verlässlicher Partner der Kommunen, denn die Modalitäten des GFG 2010 entsprechen im Wesentlichen denen der vergangenen Jahre.

Es zeigt sich auch an anderen Stellen außerhalb des GFG – ich wiederhole das hier sehr gerne –, etwa bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes II, dass diese Landesregierung, dass diese Koalition in Nordrhein-Westfalen der verlässliche Partner der Kommunen ist.

(Beifall von der FDP)

Sie sollten einmal feststellen, dass bundesweit anerkannt ist, dass die nordrhein-westfälische Regelung der Umsetzung der Konzeption für das Konjunkturpaket II als vorbildhaft auch von den Spitzenorganen in der Bundesrepublik bezeichnet worden ist.

Die Mittel im laufenden GFG betragen 7,7 Milliarden €. Auch wenn es Ihnen wieder nicht passt: Das ist der zweithöchste Stand aller Zeiten in diesem Land. Die Kommunen wissen das im Gegensatz zu Ihnen durchaus zu schätzen.

Entgegen Ihrer Aussage, Herr Jäger, wird im nächsten Jahr nichts weggenommen. Das war früher bei den Sozialdemokraten so. Wir wissen aus den vergangenen Jahrzehnten unter den Sozialdemokraten, dass durch die Kreditierung das in dem einen Jahr gegebene Geld im nächsten Jahr wieder weggenommen wurde. Bei uns wird mit – ich dachte, Sie hätten es begriffen; die Grünen haben es begriffen – Orientierungszeiträumen, anhand derer die Summe der Steuereinnahmen gebildet wird, gearbeitet. Dieser Zeitraum geht bis zum 30.09. Dann steht der Betrag fest, und dann gibt es kein Wieder-

Wegnehmen. Für die nächste Periode gilt der nächste Berechnungszeitraum.

Nun zu Ihren Aussagen zur Kinderbetreuung, Herr Jäger. – Es kann doch jeder im Haushalt nachlesen, dass die für frühkindliche Betreuung zur Verfügung gestellten Beiträge in den vergangenen Jahren gewaltig gestiegen sind. Da ist nichts mit „Wegnehmen“. Den Kommunen ist nichts vorenthalten worden, sondern im Gegenteil hat das Land seine Anstrengungen vervielfacht, um in diesem System vorwärtszukommen. Wenn man ein paritätisch finanziertes System ausweitet, steigt auch der Beitrag der Kommunen. Das ist doch selbstverständlich, hat aber nichts damit zu tun, dass sich das Land auf Kosten der Kommunen bereichert hätte, wie Sie es suggerieren. Das Gegenteil ist der Fall.

Ich sage noch einmal ganz deutlich: Der Verbundsatz bleibt auch im Jahr 2010 bei 23 %. Damit ist er nach wie vor einer der höchsten im Bundesgebiet. Sie sollten daran denken, dass der Verbundsatz unter Ihrer Regierungszeit von 28 auf 23 % abgesenkt worden ist. Das ist schon ein gewaltiger Unterschied.

Wir sind deswegen der verlässliche Partner der Kommunen, weil wir das System der goldenen Zügel weitestgehend abgeschafft haben. Mit 86 % an frei verfügbaren Zuweisungen haben wir einen Höchststand erreicht. Das wissen die Kommunen zu schätzen. Auch zu diesen Zahlen sagen die Kommunen, es ist gut, dass uns das Land so viel Selbstständigkeit zutraut und zubilligt.

Wir bleiben bei der im letzten Jahr erhöhten Schul- und Sportpauschale. Auch das wissen die meisten Kommunen sehr zu schätzen.

Die Haushaltslage aller Gebietskörperschaften in Deutschland bleibt natürlich sehr stark angespannt. Daran kommen wir nicht vorbei. Das gilt nicht nur für die Haushaltslage der Kommunen, sondern auch für die des Landes.

Herr Jäger, als Landtagsabgeordneter tragen Sie dafür eine Mitverantwortung, auch wenn Sie sich auf ewige Opposition im Land einrichten. Sie werden nicht leugnen können, dass die Finanzsituation des Landes nicht nur aufgrund der bundes- und weltweiten Krise sehr angespannt ist. Sie können nicht so tun, als ob nur die Lage der Kommunen angespannt sei. Auch die Lage des Landes und des Bundes sind angespannt. Wir müssen sehen, wie wir diese Anspannungssituation gemeinsam meistern können.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Sie müssen den Kommunen erst einmal das zurückgeben, was Sie ihnen weggenommen haben!)

– Herr Groth, auch Sie werden feststellen, dass die Zuweisungen an die Kommunen noch nie so hoch waren wie in den vergangenen Jahren.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Lux, das glauben Sie doch selbst nicht! Sie wissen es doch selbst besser!)

Daran geht kein Weg vorbei.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist nur die halbe Wahrheit!)

Sie werden feststellen müssen, dass die Kommunen ganz gut damit leben können. Sie wissen, dass diese Finanzkrise der Kommunen nicht durch Umstellungen in einzelnen Bereichen ausgelöst worden ist.

Ich sage deshalb noch einmal: Wir haben uns als ein sehr verlässlicher Partner für die Kommunen herausgestellt. Wir haben in den vergangenen Jahren im Rahmen des GFG die höchsten Zuweisungen mit der geringsten Bindung der Mittel an die Kommunen herausgegeben. Das wissen die Kommunen zu schätzen. Dass wir uns auch in Zukunft ganz großen Anstrengungen unterwerfen müssen, um die angespannte Finanzsituation bei den Kommunen zu verbessern, ist eine Binsenwahrheit, die hier jeder unterschreiben kann. – Ich bedanke mich.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lux. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kraft hat heute Mittag behauptet, die FDP beabsichtige, die Gewerbesteuer ersatzlos abzuschaffen und erkläre nicht, wie sie das anstellen wolle. – Wir haben dies wiederholt bei der Beratung zum GFG erläutert. Frau Kraft, ich nehme aber jetzt erneut die Gelegenheit wahr, Ihnen und den übrigen Kolleginnen und Kollegen der Opposition darzulegen, wie wir das realisieren wollen.

Die FDP möchte die Gewerbesteuer nicht abschaffen, sondern ersetzen. Wir möchten das Steuersystem vereinfachen. Das ist das Wichtigste, damit wir die Finanzgrundlage der Kommunen auf eine weniger konjunkturabhängige Basis stellen.

(Ralf Jäger [SPD]: Jetzt sagen Sie doch einmal, wie!)

– Hören Sie doch zu. Sie sind der empörungspolitische Sprecher der SPD, aber bewirken gar nichts.

Die Gewerbesteuer fällt weg. Sie wird durch eine Kommunalsteuer ersetzt, die als Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben wird und deren Höhe die Gemeinden im Hebesatzverfahren selbst festsetzen können. Sie ist also dem kommunalen Wettbewerb ausgesetzt.

Die fixe Beteiligung der Kommunen an der Einkommensteuer wird abgeschafft. Zur Kompensation

erhalten die Gemeinden 11,5 % der Umsatzsteuer statt wie bisher 2,2 %. Sie wird nach der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in den Kommunen verteilt.

Da die Unternehmen keine Gewerbesteuer mehr zahlen, kann die Körperschaftsteuer auf 32 % angehoben werden.

Dieses Modell bietet finanzielle Planungssicherheit. Herr Groth, gerade in diesen Zeiten, in denen die Gewerbesteuer wegbricht, muss man sich dafür öffnen, von diesem finanzpolitischen Instrument wegzukommen, welches nur eine Unsicherheit bedeutet. Das Modell ist durchgerechnet. Es bietet finanzpolitische Planungssicherheit und ist für die Kommunen, die Bürger und die Unternehmen finanziell neutral.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Jahr 2008 hat die seit den 20er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts größte Wirtschafts- und Finanzkrise die Weltmärkte erschüttert. Trotzdem ist es gelungen, erneut ein für die Kommunen des Landes hervorragendes Ergebnis bei der Gemeindefinanzierung 2010 zu erzielen. Es handelt sich um das zweitbeste Ergebnis im Hinblick auf das Volumen des Steuerverbundes überhaupt. Es wird nur von dem Ergebnis des vergangenen Jahres übertroffen. Vergleichbares hat es unter Rot-Grün auch zu den besten Boomzeiten um die Jahrtausendwende nie gegeben. Lassen Sie mich dies durch einige Fakten noch einmal erhärten.

Das Volumen des Steuerverbundes liegt im kommenden Jahr bei ca. 7,72 Milliarden € verteilter Finanzausgleichsmasse. Die Kommunen erhalten damit erneut – ich betone: erneut – weit mehr Finanzmittel als im Boomjahr 2000. Trotz der durch die Finanzkrise rückläufigen Steuereinnahmen gehen die Gesamtzweisungen im Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 damit gegenüber dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2009, das die bisher höchsten Zuweisungen enthielt, nur um 3,15 % und damit um 251 Millionen € zurück.

Den durch die Krise bedingten Rückgang halten wir für moderat. Die Kommunen unseres Landes konnten und mussten angesichts der wirtschaftlich und steuerlich schwierigen Lage auch damit rechnen, dass es zu einem Rückgang kommen würde. Dieser konnte aber Gott sei Dank moderat ausfallen und ist ein Beleg dafür, wie finanzpolitisch gut aufgestellt diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP sind. Ich verbinde dies gleichzeitig mit einem Dank an Finanzminister Dr. Linssen und an Innenminister Dr. Wolf.

Die in den Vorjahren eingeleiteten strukturellen Veränderungen im Steuerverbund werden im kommenden Jahr fortgeschrieben. Das bedeutet, dass der Verbundsatz nach wie vor bei 23 % – das haben wir schon gehört – verbleibt und mit 6,55 Milliarden € auch weiterhin gut 86 % – auch

das kann man wiederholen – der verteilbaren Finanzausgleichsmasse im Steuerverbund konsumtiv bereitgestellt werden, und dies obgleich die Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen infolge der Krise drastisch eingebrochen sind.

Der größte Teil der verteilbaren Finanzausgleichsmasse wird den Kommunen in Form von Schlüsselzuweisungen zur Verfügung gestellt. Anders formuliert: Dieser Teil fließt direkt in die Verwaltungshaushalte mit hohen Ausgabeposten für soziale Leistungen oder für Personal.

Auch die Schul- und Bildungspauschale bleibt mit 600 Millionen € ebenso unverändert wie die Sportpauschale mit einem Etatansatz von 50 Millionen €. Die beiden Sonderpauschalen konnten demgegenüber konstant gehalten werden. Zwar geht die Investitionspauschale im Vergleich zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2009 um 7,01 auf 491.979.000 € zurück, erfreulich ist aber, dass damit weiterhin etwa eine halbe Milliarde Euro für Investitionen in wichtige Bereiche der kommunalen Infrastruktur zur Verfügung steht.

Ich muss, meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle genauso wie heute Morgen der Finanzminister in diesem Zusammenhang auch noch einmal auf das Konjunkturpaket II hinweisen. Bis heute sind 3.515 Maßnahmen in der Planung oder in der Durchführung mit einem Gesamtvolumen von 1,29 Milliarden €. Das sind 45 % der gesamten Mittel, die für das Land Nordrhein-Westfalen vorgesehen sind. Das besondere Highlight an dieser Stelle: das noch nicht einmal vier Monaten nach Inkrafttreten unseres Gesetzes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass es uns gelungen ist, für das kommende Jahr die Finanzausgleichsmasse im Wesentlichen konstant zu halten und damit an das herausragende Ergebnis des Jahres 2009 anknüpfen zu können.

Solange sich das Land in einer so angespannten Finanzsituation befindet, muss jeder seinen Konsolidierungsbeitrag leisten. Dies ist für die Kommunen mit dem zulässigen Wegfall des Viersiebtelanteils an der Grunderwerbsteuer mit dem GFG 2007 erfolgt. Wir kommen trotzdem den Pflichten des kommunalen Finanzausgleichs nach.

Seit 2007 werden darüber hinaus die Kommunen richtigerweise von weiteren Konsolidierungsbeiträgen verschont. Das entspricht der kommunalpolitischen Leitlinie dieser Landesregierung und damit auch der der FDP.

Auch weiterhin gelingt es immer mehr Kommunen, zu stabilen oder gesicherten finanzwirtschaftlichen Verhältnissen zurückzukehren. Die sinkende Zahl der Kommunen im Haushaltssicherungskonzept oder derjenigen im Nothaushalt bestätigt diese positive Entwicklung. Zurzeit, Stand Mai 2009, können nur noch 59 oder 60 Kommunen ihren Haushalt

nicht ausgleichen. Aktuell befinden sich nur 45 Kommunen im Nothaushalt.

Ich habe Ihnen einmal eine Grafik mitgebracht. Ich halte sie hier einmal hoch.

(Der Abgeordnete zeigt eine Grafik.)

Aus Zeitgründen konzentriere ich mich nur auf die mittleren Balken. Der gelbe Teil sind die Kommunen mit dem Nothaushalt. Der untere blaue Teil sind die Kommunen im gesicherten und genehmigten HSK. Sie sehen: Tendenz abwärts.

Herr Jäger, das habe ich extra für Sie mitgebracht, damit Sie es auch erkennen.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Wissen Sie, was das bedeutet? – Die Botschaft ist vor Ort angekommen: Weg von der Verschuldenspolitik hin zur schwarzen Null.

(Ralf Jäger [SPD]: Man muss nur dran glauben!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Vergleich zu 2005, dem Jahr der Regierungsübernahme, haben inzwischen 139 Kommunen den Weg zum Haushaltsausgleich geschafft. Das ist eine gute Entwicklung.

Ich kenne ja Ihre Einwände. Ich ahne, was da gleich kommt. Deshalb auch mein Hinweis: Natürlich spielt auch die Umstellung auf das NKF mit erweiterten Möglichkeiten zum Haushaltsausgleich gegenüber dem kameralistischen System genauso eine Rolle wie die positive wirtschaftliche Entwicklung in den Kommunen.

Erstmals haben im Jahr 2009 alle NRW-Kommunen auf NKF umgestellt. Die Koalition hat den Kommunen damit weitere Schritte auf dem Weg zum ausgeglichenen Haushalt ermöglicht. Der von 2003 bis 2006 fast verdoppelte und damit rasante Anstieg der Kassenkredite von 6,8 Milliarden € auf 12,5 Milliarden € hatte sich bereits Ende 2007 auf 13,7 Milliarden € verlangsamt und ist 2008 nur noch moderat mit 14,61 Milliarden € ausgefallen.

Die Summe der fundierten kommunalen Schulden hat sich 2008 erneut rückläufig gezeigt und liegt derzeit nur noch bei etwa 22 Milliarden €. Das ist immer noch eine Menge, aber die Summe liegt nur noch bei 22 Milliarden €. Die Gesamtsumme aus Kassenkrediten und fundierten Schulden ist daher 2008 gegenüber 2007 praktisch konstant geblieben.

An der Stelle erlaube ich es mir, auf Herrn Becker zuzugehen, der nach mir hier spricht. Herr Becker, Sie sind ja auch ein Mann der Zahlen und verbreiten mit Datum vom 19. August auf Ihrer Homepage immer noch eine Pressemitteilung, die wirklich falsche Zahlen nennt. Ich kann Ihnen nur empfehlen, diese zu korrigieren. Sie sagen unter der Überschrift „Becker: Landesregierung täuscht über drohende Finanzkrise hinweg“ – Zitat –:

So gibt es ein neues Rekordhoch bei den Kassenkrediten. Diese sind seit Anfang des Jahres erneut um über eine Milliarde angestiegen und liegen inzwischen bei über 16 Mrd. Euro.

Herr Becker, das ist glatt gelogen. Wenn Sie das hier weiter behaupten, dann tun Sie das wider besseres Wissen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Erkundigen Sie sich beim Landesamt für Statistik!)

Ich kann Ihnen nur empfehlen, das zu korrigieren. Die genaue Zahl ist 14,61. Das ist die amtliche.

(Horst Becker [GRÜNE]: Vom letzten Jahr!)

Denken Sie einmal darüber nach. Zahlen holen einen immer ein.

(Horst Becker [GRÜNE]: Dazu sage ich Ihnen gleich noch etwas!)

Diese Entwicklung ist positiv. Eine immer größere Zahl von Kommunen kann aus eigener Kraft erfolgreich wirtschaften und neben den Pflichtaufgaben ihren Bürgern auch weitestmögliche freiwillige Leistungen der Daseinsvorsorge anbieten.

Natürlich gibt es schwarze Schafe wie etwa – das ist ja aktuell in der Diskussion – die Stadt Dortmund, mit der wir uns in diesem Hohen Hause am Freitag auch noch zu befassen haben. Ich kann mir aber nicht verkneifen, das auch heute anzusprechen. Andere haben das auch getan. Diese schwarzen Schafe stehen aber nicht sinnbildlich für die erfolgreiche Gesamtentwicklung, sondern stellen eher krasse Ausreißer dar. Im Falle der Stadt Dortmund tritt hinzu, dass dort ja allein Sie von der SPD, Herr Jäger, in der kommunalen Finanzverantwortung standen und noch stehen.

Zunächst sind die Kommunen in ihrer Selbstverwaltungshoheit für ihren Haushalt eigenständig verantwortlich. Erst wenn gar nichts mehr geht, kommt die kommunale Finanzaufsicht zum Zuge. Dass die Zahl derer, bei denen in diesem Sinne gar nichts mehr geht, ständig rückläufig ist – ich habe meine Grafik eben hoch gehalten –, beruht nicht nur auf Umstellung auf das NKF. Erfolgreich wirtschaften können eben nur wir, die Koalition von CDU und FDP, Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nachgewiesenermaßen nicht. Wir kämpfen immer noch mit den Hinterlassenschaften von 39 Jahren SPD-geführter Regierung; zehn Jahre waren die Grünen dabei. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gerne die Vorlage, die ich gerade von Herrn Engel bekommen habe, aufgreifen. Herr Engel, Sie dürfen nicht mit Zahlen von Ende des Jahres 2008 arbeiten, sondern Sie müssen sich schon einmal die Mühe machen – jedenfalls wenn Sie Erkenntnisse haben wollen –, sich die Zahlen von 2009 zu besorgen. Das habe ich getan.

Ich will Ihnen die genauen Zahlen nennen, die Sie gerne beim Landesamt für Statistik nachprüfen können:

Ende des ersten Quartals dieses Jahres war die Zahl der Kassenkredite von 14,8 Milliarden € letztes Jahr bereits auf 15,483 Milliarden € und zum 30. Juni – Sie erkennen die Dynamik – bereits auf 15,961 Milliarden € hochgeschwungen, war also zum 30. Juni dieses Jahres rund 1 Milliarde € höher als zum 31. Dezember des letzten Jahres. Sie können sich unschwer ausrechnen, dass vom 30. Juni bis jetzt 16 Milliarden €, also die dann noch fehlenden 40 Millionen €, locker überschritten worden sind.

Insofern brauche ich überhaupt nichts zurückzunehmen, sondern Sie sollten sich, wie man so schön neudeutsch sagt, updaten und nicht mit Zahlen von vor über einem halben Jahr arbeiten. – Das vorweg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als Zweites möchte ich Ihnen gerne, da Sie offensichtlich schon die Melodie für den Wahlkampf üben – zweithöchste Zuweisung für die Kommunen –, ein paar Sätze ins Gebetbuch schreiben, welche Ausgangslage Sie haben und wie Sie mit dieser Ausgangslage arbeiten.

Folgende Zahlen sind, wenn man sie zum Vergleich heranzieht, interessant:

Im Jahr 2008 hatten Sie 8 Milliarden € mehr Steuereinnahmen als die rot-grüne Koalition im Jahr 2004. Im Jahr 2009 haben Sie knapp 5 Milliarden € mehr Steuereinnahmen als die rot-grüne Koalition im Jahr 2004. Selbst im Jahr 2010, in der Wirtschaftskrise, haben Sie ausweislich des Haushaltsentwurfs des Finanzministers noch fast 3 Milliarden € mehr Steuereinnahmen als die rot-grüne Koalition im Jahr 2004.

Ich wiederhole: Das waren 2008 8 Milliarden €, 2009 5 Milliarden € und 2010 3 Milliarden € mehr, die das Land an Steuereinnahmen hat.

Vor diesem Hintergrund führt der Hinweis, dass Sie im Jahr 2010 die in absoluten Euro-Beträgen zweithöchste Summe an die Kommunen auskehren, deswegen in die Irre, weil Sie dabei immer wieder verschweigen, was alles Sie den Kommunen gegenüber dem, was ihnen im Jahr 2005 bei der damaligen Regierung und den damaligen Regelungen zugestanden hätte, abgezogen haben. Selbstverständlich ist es so, dass das eine Menge war.

Ich will nicht alles wiederholen, was Herr Jäger eben vorgetragen hat, aber ich will auf ein paar Sätze eingehen. Da sind zum einen die Anteile an der Grunderwerbsteuer – das sind rund 180 Millionen € pro Jahr –, und da ist zum anderen die Krankenhausfinanzierung. Das sind – je nachdem, wie man das rechnet – auch fast 300 Millionen € pro Jahr. Außerdem sind da die Belastungen des Verbundsatzes. Sie sagen, der Verbundsatz sei mit 23 % konstant geblieben. Sie haben den Verbundsatz aber um 1,17 % mit den Einheitslasten belastet. Das hat damals, als Sie es eingeführt haben, 460 Millionen € ausgemacht und macht im Moment für das Jahr 2010 ausweislich Ihrer eigenen Zahlen bereits 522 Millionen € aus.

Das sind nur ein paar Zahlen, aber ich kann das fortsetzen. Sie kürzen erneut die Investitionspauschalen, und zwar alle drei. Sie kürzen sie für das Jahr 2010 in der Summe um 37 Millionen €, übrigens an der Stelle nicht wie das gesamte GFG um etwas über 3 %, sondern mit über 7 %. Das heißt, Sie haben an allen diesen Stellen den Kommunen etwas weggenommen.

Ich erinnere an das Beispiel Elternbeiträge bei den Kindergärten, wo früher die Ausgleichszahlungen vom Land gezahlt worden sind. Heute drängen Sie die Kommunen in die schwierige Situation – insbesondere die Nothaushaltskommunen –, die Elternbeiträge zu erhöhen. Dafür hat das Land früher 84 Millionen € bereitgestellt. Das ist gestrichen worden.

So könnten wir das alles Punkt für Punkt durchgehen. Ich könnte Ihnen unter anderem auch noch vorhalten, wie Sie mit den Sparkassen umgegangen sind und welche Auswirkungen das hat. All das ist Legende, all das ist bekannt.

Übrigens, damit wir Klartext reden: All das wird von den kommunalen Spitzenverbänden – das müsste aus Ihrer Sicht ebenfalls die Gruppe sein, die die nötige Expertise hat – kritisiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das sind die Leute, die Ihre Parteifreundinnen und Parteifreunde sind. Sie stellen sowohl im Städtetag – noch – als auch im Städte- und Gemeindebund – noch – die Mehrheiten. Diese Kritik ist von denen und nicht allein von uns gekommen.

Da haben wir ein Stück weit die Antwort auf die dramatische Situation der kommunalen Finanzen. Keiner sagt, dass die Landesregierung allein Schuld habe. Ich sage zum Beispiel – da stehe ich überhaupt nicht an, an der Stelle mit Kritik zurückzustecken –, dass die Steuerreform 2002 ein großer Fehler war. Nur: Wenn es nach Ihnen von CDU und FDP gegangen wäre, wäre die Steuerreform noch viel weiter gegangen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Kommunen haben sich von der Steuerreform, die damals gemacht worden ist, bis heute nicht erholt. Das wissen alle, die sich die Kurven auf der Einnahmenseite anschauen. Sie, Herr Lux, haben die Steuerreform in der Tat dadurch verschärft, dass Sie den Kommunen – wenigstens denen, denen es halbwegs gut ging – die Chance genommen haben, in den Zeiten, wo sie diese Steuereinnahmen hatten, sich selbst ein Polster anzulegen.

Ich will Ihnen noch einmal die Zahl vorhalten und zum Anfang zurückkommen, zu den Kassenkrediten. Herr Lux, wer sich die Dynamik von Ende des letzten Jahres bis zum Sommer dieses Jahres ansieht – Zunahme von über 1 Milliarde € von 14,8 auf 15,9 Milliarden € –, es hochrechnet und weiß, dass sich in diesem Jahr die kommunale Finanzsituation nicht bessern, sondern im zweiten Halbjahr weiter verschlechtern und es auch im nächsten Jahr abseits allen Geredes so bleiben wird, der kann sich unschwer ausrechnen, dass wir im Sommer des nächsten Jahres bei diesem Tempo, welches sich eher steigert – ich sage mal, bei einem konstanten Tempo –, 18 Milliarden € Kassenkredite haben werden.

Herr Engel, wenn Sie immer nur von den investiven Schulden reden – auch eben wieder –, den Schulden, die sozusagen legal aufgenommen werden durften, treffen Sie einen großen Teil der Wahrheit nicht. Die Wahrheit sieht ganz anders aus. Die Nothaushaltskommunen dürfen im investiven Teil keine Schulden mehr aufnehmen; das ist richtig. Deswegen hat sich da eine Bremse ergeben. Was machen die? Sie nehmen entsprechende Kassenkredite auf. Dazu habe ich eben ausgeführt.

Wenn Sie die Summe aus Kassenkrediten und investiven Krediten bilden – das müssen Sie selbstverständlich tun –, sind die Kredite, die Schulden, rasant angestiegen. Das, was sie machen, ist ein Taschenspielertrick. Genauso vollführen Sie einen Taschenspielertrick, wenn Sie sagen: Die Zahl der Nothaushaltskommunen ist zurückgegangen. – Ich kenne diese Argumentationsleier von Ihnen und weiß, Sie arbeiten immer mit diesem Trick. Denn die Umstellung auf die neuen kommunalen Finanzen und ihre Systematik – alle, die sich damit beschäftigen, kennen die – führt dazu, dass die Ausgleichsrücklage Nothaushaltskommunen zwar für ein Jahr, zwei, drei, maximal vier Jahre vorübergehend auf dem Papier aus dem Nothaushalt herausholt, um aber dann wieder umso kräftiger zuzuschlagen. Deshalb habe ich mir heute Morgen die Mühe gemacht und ein paar Telefongespräche geführt. Wenn Sie das auch einmal machen würden, würde Ihnen das einen Erkenntnisgewinn bringen.

Ich will Ihnen eine Zahl nennen: Der Städte- und Gemeindebund – das ist kein grünes Gremium – hat Anfang dieses Jahres, im Februar, und erneut im Juli dieses Jahres eine Umfrage – jeweils aktuell vor den Hintergründen, die die kannten – bei den

Mitgliedskommunen mit der Fragestellung durchgeführt: Wann, bitte schön, seid ihr, unsere Mitgliedskommunen, auf der Grundlage der aktualisierten mittelfristigen Finanzplanung in der Situation, dass die Ausgleichsrücklage aufgezehrt ist und ihr damit den Nothaushalt erreicht? – Anfang des Jahres haben bereits knapp 50 % der Mitgliedskommunen gesagt, dass sie den Nothaushalt innerhalb des Finanzzeitraums erreicht haben werden.

Ein halbes Jahr später, im Sommer dieses Jahres, waren es beim Städte- und Gemeindebund – vom Städtetag habe ich die Zahl noch nicht; die haben sie auch gerade ermittelt, und wir können sie im Laufe der Woche abfragen – bereits knapp 70 %. Das heißt, innerhalb eines halben Jahres waren es 20 % mehr, denen das Wasser innerhalb des Finanzzeitraums „Oberkante Unterlippe“ steht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist die Wirklichkeit und nicht das, was Sie sich immer als Selbstsuggestion zurechtlegen.

Die kommunale Finanzsituation, die sich real darstellt, kann man auch nicht mit dem ewigen Glaubenssatz, die Kommunen müssten nur ordentlich sparen, dann würde sich das Problem schon lösen, schönreden. Deswegen war es auch so schön, gerade von den kleinen Kommunen noch Zahlen zu haben, die ich Ihnen jetzt vorgetragen habe. Wir haben vielmehr eine Situation – darauf will ich auch noch hinweisen –, in der es, Herr Lux, keinen Widerspruch zwischen den Landesfinanzen und den Kommunalfinanzen gibt, wenn man die Dinge zu Ende denkt und nicht wie dieser Innenminister und dieser Finanzminister kleines Karo fährt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir eine Haushaltssituation haben – ich glaube tatsächlich, dass Herr Linssen beginnt, das zu begreifen, jedenfalls taktisch vor der Landtagswahl –, in der diese Kommunen alle freiwilligen Leistungen und noch einen Teil der pflichtigen Leistungen streichen und über die Zinsen für ihre Kredite immer noch jedes Jahr mehr Schulden haben, ist die Gestaltungshoheit am Ende. Dann können Sie den Kommunen auch nicht mehr sagen: Ihr müsst nur mehr sparen.

Das wird übrigens irgendwann dazu führen, dass Sie keinen normalen Menschen mehr finden werden, der den Kopf dafür hinhält, sich in der Bevölkerung als Puffer für die Streichorgien zur Verfügung zu stellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie werden irgendwann nur noch Radikalinskis in den Räten sitzen haben, weil ein normaler Mensch sich dafür nicht mehr zur Verfügung stellt.

Wenn das so ist und wir ein System der neuen kommunalen Finanzen haben, das an einem bestimmten Punkt zu einer bilanziellen Überschuldung

der Kommunen führt – bei einigen großen Städten wird sich in den nächsten zwei Jahren eine massive bilanzielle Überschuldung einstellen –, stellt sich doch die Frage: Wer gibt diesen Kommunen überhaupt noch einen Kassenkredit? Wer wird im Zweifelsfall für diese Kommunen eintreten müssen? Und wer wird sich im Zweifelsfall damit zu beschäftigen haben, dass die Banken bereits hinter den Kulissen Schattenratings fahren, sich also Kommunen wie normale Betriebe daraufhin anschauen, welchen sie in den nächsten Jahren zu welchen Zinsen überhaupt noch Kredite geben?

Das ist ein gesamtstaatliches Problem. So, wie die Verschuldung auf der EU-Ebene in Brüssel und auf der Bundesebene – neben den einzelnen Ebenen – gesamtstaatlich gemessen wird, müssen Sie sich hier damit auseinandersetzen und den Kommunen eine Antwort geben, wenn sie mit bilanzieller Überschuldung vor Ihrer Tür stehen und sagen: Jetzt regelt das auch mal, von dem ihr behauptet, dass unsere Räte all das regeln könnten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie ehrlich sind, wissen Sie das auch.

Herr Lux, ich habe eben Ihre Worte „Wir alle wissen, schwierige Finanzsituation“ gehört und will sie als guten Willen konstatieren. Nur, wenn Sie sich Ihre eigenen Wortbeiträge und insbesondere die von Herrn Löttgen aus den letzten Jahren und auch noch von Anfang dieses Jahres nehmen, dann war von dieser Selbsterkenntnis aber auch gar nichts zu spüren, sondern Sie haben immer die schönste aller Welten an die Wand gemalt.

Sie werden sich, um das am Schluss zu sagen, in Bezug auf die Kommunalfinanzen tatsächlich diesem etwas populären Spruch eines Fernsehmoderators stellen müssen. In Ihrem Fall heißt das: Wenn Selbstsuggestion auf Wirklichkeit trifft,

(Beifall von den GRÜNEN)

dann ist die Stunde der Wahrheit. – Ich bin fest davon überzeugt, dass spätestens dann klar wird, dass diese Landesregierung, jedenfalls mit ihrem gelben Teil, aber auch mit erheblichen schwarzen Anteilen, alles andere als kommunalfreundlich war, was Sie vorher immer behauptet haben. Sie waren nicht verlässlich, sondern Sie waren ganz im Gegenteil ein schlechter Partner der Kommunen, und das – darüber werden wir morgen früh zu prominenter Zeit noch mal zu reden haben – nicht nur an den von mir beschriebenen Punkten, sondern Sie haben den Kommunen auch noch über Gebühr Lasten der Einheit aufs Auge gedrückt. Bis jetzt drücken Sie in keinster Weise im Sinne der Kommunen auf die Tube, dass der Finanzminister im Haushalt 2010 die Rückzahlungen auch einsetzt. Da sehe ich weit und breit nichts.

(Beifall von den GRÜNEN)

Also: Verlässlich ist höchstens die Unverlässlichkeit und mehr nicht. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Landesregierung spricht noch einmal der Innenminister. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jäger, es nimmt schon wunder, dass Sie ein Beratungsverfahren kritisieren, das wir hier über Jahre praktiziert haben. Wir hatten nie ein solches kurzes Gedächtnis, als dass wir über eine Rede von Herrn Dr. Behrens nicht noch nachmittags hätten diskutieren können. Wenn das bei Ihnen Schwierigkeiten auslöst, ist das Ihr Problem. Wir werden das Verfahren deswegen jedenfalls nicht ändern.

Auch als wir die Regierungsverantwortung übernommen haben, war die Welt in den Kommunen nicht schön. Wenn man die Redner von der Opposition hört, meint man, die Kommunen seien damals sozusagen mit einer Nullverschuldung gestartet und in den letzten drei Jahren in die Misere getrieben worden.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich habe Ihnen heute Morgen schon einmal die Zahl genannt: Bereits im Jahr 2005, als sozusagen Ihre Zeit endete, standen die Kommunen alles in allem – Eigenbetriebe, auch was die Kommunen selber mit den Kernhaushalten und ihren Kassenkrediten und fundierten Schulden betrifft – mit 45 Milliarden € in der Kreide. Das heißt, all die Zinslasten, die Sie hier beschwören, sind zu einem übergroßen Prozentsatz auch von Ihnen verursacht worden, von Ihrer unzureichenden Kommunalpolitik. Deswegen entspricht es geradezu dem Bild „Der Brandstifter ruft die Feuerwehr“, wenn Sie jetzt sagen: Es muss aber etwas passieren.

Duisburg – Herr Jäger lebt dort – hat seit 1992 einen Nothaushalt. Was haben Sie denn in Ihrer Zeit getan, um das zu ändern? Duisburg hat aber auch seinerseits nicht viel getan, um sich selbst zu helfen. Wir haben nämlich andere Kommunen, die deutlich stärker konsolidiert haben.

Wenn Sie sehen wollen, dass die Konsolidierung auch funktioniert, selbst wenn man in der Tinte sitzt, kann ich nur auf den sozialdemokratischen Finanzsenator in Berlin, Herrn Sarrazin, verweisen, der jetzt nicht mehr im Amt ist. Er hat in Berlin gezeigt, dass man auch in einer schier aussichtslosen Situation etwas bewältigen kann.

Dazu sind viele nicht bereit. Solche Konsolidierungen, wie wir sie auch im Land vorgenommen haben, müssen wir natürlich einfordern. Wir haben an vielen Stellen – der Herr Ministerpräsident hat es heute Morgen gesagt – schmerzliche Reformprozesse

durchgeführt. Das bringt zwar keinen Beifall, man muss es aber machen.

Sie wissen, dass die Konsolidierung an vielen Stellen auch im Pflichtbereich verweigert wird. Solange Schulen weiterbetrieben werden, die rechnerisch erkennbar nicht notwendig sind, solange Sie nicht anfangen, beispielsweise die EDV zusammenzulegen, zwischen den Kommunen zu kooperieren und Dinge, die den Bürger überhaupt nicht erreichen, kostengünstiger zu gestalten, müssen Sie es sich an der Stelle gefallen lassen, dass wir sagen: Dort muss konsolidiert werden, genauso wie wir es bei uns machen. – Das gilt ganz besonders in einer Zeit, in der es weniger Einnahmen gibt.

Was die Steuermehreinnahmen betrifft, über die hier wieder diskutiert worden ist: Es ist heute Morgen dargelegt worden, dass diese Steuermehreinnahmen eindeutig zur Konsolidierung in Nordrhein-Westfalen verwandt worden sind. Sie sind eben nicht, wie unter Rot-Grün, praktisch am nächsten Tag für Zusätzliches ausgegeben worden, sondern es ist versucht worden, die Nettoneuverschuldung auf null zu fahren, was ohne die Zusatzelemente des letzten Jahres auch geklappt hätte.

Der Verbundsatz ist – an der Stelle muss man einfach von einer Lüge sprechen – nicht reduziert worden. 23 % sind 23 %.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das wird ausgekehrt. Insofern entbehrt alles andere jeglicher Grundlage.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Dass wir 2006 eine Neugestaltung des GFG vorgenommen haben, hat nichts mit der Frage zu tun, dass der Verbundsatz bei 23 % liegt. Die von Ihnen dann skizzierten Kürzungen an anderen Stellen, die mit dem GFG gar nichts zu tun haben, will ich nicht näher erläutern.

Nur hat der Kollege Lux – ich glaube, er war es – sehr zu Recht darauf hingewiesen, dass wir gerade bei den Kitas einen solchen Aufwuchs an Ausgaben seitens des Landes haben, dass man wirklich nicht sagen kann, es sei hier bei den Kleinsten gespart worden. Im Gegenteil, es hat für die vorschulische Bildung und auch für die schulische Bildung noch nie so viel Geld gegeben wie unter dieser Regierung.

Herr Jäger hat hier wieder Zahlen in den Raum geworfen, die man im Einzelnen gar nicht kommentieren muss. Allein die Tatsache, dass er sich mit den Kosten der deutschen Einheit auseinandersetzt, die auch Gegenstand eines Diskussionsprozesses mit den kommunalen Spitzenverbänden sind, zeigt, dass er hier nur ablenken will.

Natürlich ist es nicht klar, wie das exakt zu berechnen ist. Sonst wäre es schon längst erledigt. Wir haben an dieser Stelle kein aussagekräftiges Urteil,

dass das sozusagen definitiv festlegt. Schauen Sie sich das Urteil an. Es enthält gewisse Parameter: Da muss untersucht werden, da muss entsprechend nachgeforscht werden, was am Ende der Betrag ist, der von der einen oder anderen Seite zu viel gezahlt worden ist. – Letztendlich sind wir hier in einem Diskussionsprozess mit den Spitzenverbänden.

Herr Präsident, da das „Wortgesabbel“ nicht gerügt worden ist, weiß ich nicht, ob ich das jetzt gegenüber Herrn Jäger auch verwenden darf. Man kann das bei Ihnen nicht mehr hören. Herr Engel hat doch wunderbar dargelegt, dass wir natürlich nicht beabsichtigen, den Kommunen eine Einnahmequelle zu nehmen und zu sagen: Guckt mal, wie es weitergeht.

Natürlich muss es eine entsprechende Kompensation geben. Aber – das ist der Charme der Lösung, die wir vorschlagen – es muss zu einer planbaren Einnahmequelle führen. Ich weiß noch, als in den letzten Jahren die Gewerbesteuereinnahmen stiegen, waren wieder alle glücklich und haben gesagt: Das ist unsere Steuer. – Beschäftigen Sie sich jetzt einmal mit den kommunalen Haushalten – angeblich sprechen Sie ja mit den Kommunalen –, und hören Sie sich an, was jetzt über die Gewerbesteuer gesagt wird. Jetzt ist sie wieder des Teufels, weil sie eben eine Achterbahnsteuer ist und deshalb keine verlässliche Größe.

(Beifall von der FDP)

Ich will mir andere Repliken auf Ihre Unverschämtheiten ersparen. Sie merken doch, dass wir uns nicht provozieren lassen. Wir gehen den Weg der Verlässlichkeit, wie es auch von den Kollegen der Regierungsfractionen geschildert worden ist.

Es ist völlig klar, dass die Situation bei zurückgehenden Steuereinnahmen für alle unangenehm wird. Das ist doch beim Landeshaushalt genauso. Oder glauben Sie, dass Herr Linssen Spaß daran hat, hier eine Nettoneuverschuldung in einem erheblichen Umfang zu konstatieren? Das ist eine bittere Notwendigkeit, die wir jetzt haben.

Aber wir haben auch sehr deutlich gemacht, dass wir den Weg der Konsolidierung nicht verlassen werden, dass wir eine Stärkung des Mittelstandes wollen und die Wirtschaft wieder ankurbeln möchten, damit wir aus dem Tief herauskommen. Das alles heißt aber auch, gemeinsam zu handeln, und zwar mit Schulterschluss. Ich denke, es gilt das, was wir heute Morgen festgehalten haben: zweithöchste Zuweisung an die Kommunen und ein verlässlicher Partner zu sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister. – Habe ich das richtig gesehen: Herr Becker bittet noch einmal um das Wort? – Bitte schön.

Horst Becker (GRÜNE): Vornweg: Wenn Sie von Verlässlichkeit im Zusammenhang mit dem Ersatz der Gewerbesteuer reden, erinnert mich das an die Verlässlichkeit, die man einem Hartz-IV-Bezieher auch konstatieren kann: Auch er weiß, was er bekommt, aber es ist trotzdem zu wenig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das, was Sie machen, wäre eine Verschiebung weg von den Unternehmen hin zu den Bürgern. – Das nur dazu.

Aber gemeldet habe ich mich eigentlich aus einem anderen Grund. Wie Sie auch noch den Begriff KiBiz im Zusammenhang mit einer verlässlichen kommunalen Finanzierung im Mund führen können, ist dann doch ein erhebliches Rätsel. Das will ich für das Protokoll deutlich vermerken. Erstens stimmt es schon auf das KiBiz bezogen nicht. Die meisten Kommunen zahlen erheblich drauf. Zweitens stimmt es in Bezug darauf nicht, dass nach dem Krippengipfel die Bundesmittel an die Kommunen hätten durchgereicht werden müssen, in diesem Jahr aber nicht durchgereicht worden sind, sondern nur anteilig in Höhe des Verbundsatzes, was faktisch nicht 23 %, sondern 21,7 % bedeutet. Somit sind den Kommunen knapp 20 Millionen € entzogen worden.

Für das Jahr 2010 wird, weil die Mittel dynamisiert sind, gar nichts mehr an die Kommunen weitergegeben. Das heißt, von den 45 Millionen €, die der Bund dem Land für die Kindererziehung zur Verfügung stellt, gibt dieses Land ausweislich des Haushaltsplanes nicht einen Cent an die Kommunen weiter, sondern kassiert alles selber. Insofern ist es eine ausgesprochene Frechheit, ausgerechnet die Kindererziehung und das KiBiz als Beispiel für Verlässlichkeit im Munde zu führen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Herr Innenminister.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was Sie gerade von sich gegeben haben, Herr Becker, ist bereits von Herrn Laschet häufiger widerlegt worden. Ich habe davon gesprochen, dass wir im Rahmen der vorschulischen Bildung einen enormen Eigenaufwand betrieben haben. Es ist sowohl vom Finanzminister als auch von Herrn Laschet sehr deutlich widerlegt worden, dass den Kommunen an der Stelle etwas weggenommen worden ist.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das ist nicht wahr!)

Vielmehr hat diese Landesregierung für Jugend und Familie mehr getan als jede andere Landesregierung zuvor, insbesondere was die zehn Jahre angeht, in denen Sie tätig waren. Sie müssten sich doch schämen. Sie haben uns eine Betreuungsquote U3 von 2,8 % hinterlassen. Wir haben diese auf

22 % ausgebaut. Da würde ich doch einfach die nächsten Jahre sagen, dass ich mich zu dem Thema an der Diskussion nicht beteilige. Das Gleiche gilt für den Ausbau der Ganztagskindergartenplätze und für die Bereiche Ganztagschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Hier sind mittlerweile in diesem Land Dinge umgesetzt worden, von denen Sie nicht zu träumen gewagt haben.

(Horst Becker [GRÜNE]: Sagen Sie etwas zu den 45 Millionen!)

Das ist nicht von Ihnen, sondern von dieser Regierung bewirkt worden. Deswegen lassen Sie doch diese kleinteilige Rechnerei, die noch dazu falsch ist. Wir sind das von Ihnen gewohnt. Sie haben eben ein sehr kurzes Gedächtnis. Deswegen können Sie ja nicht einmal eine Diskussion zu dem führen, was der Minister vier Stunden vorher eingebracht hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Debatte.

Wir stimmen zunächst über die Überweisungsempfehlung zum **Haushaltsgesetz 2010 Drucksache 14/9700** und zur **Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen Drucksache 14/9701** ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** der Haushaltsvorlagen an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und an **alle Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des **Personalhaushalts** einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines **Unterausschusses „Personal“** erfolgt. Wer mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Das haben wir einstimmig so angenommen.

Nun stimmen wir über die Überweisungsempfehlung bezüglich des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände, also des **Gemeindefinanzierungsgesetzes 2010 Drucksache 14/9702** ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Damit verlassen wir den Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe auf:

3 Pflegefachkräfte-Monitoring in NRW einführen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9764

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9813

Ich eröffne die Beratung. Für die antragstellende SPD-Fraktion erhält der Abgeordnete Killewald das Wort.

Norbert Killewald (SPD): Herr Präsident! Meine werten Kolleginnen und Kollegen! Vor genau drei Wochen haben wir im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Anhörung zum Thema „Pflegetotstand verhindern“ durchgeführt. Hierbei haben wir die einhellige Meinung vernommen, dass wir ein anständiges Pflegefachkräfte-Monitoring brauchen.

Klare und deutliche Worte gab es auch zu dem von uns hinterfragten Pflegetotstand, nämlich ob es diesen gibt oder nicht. Fast einhellige Meinung war: Ja, er ist bereits da. Wichtig: Alle Anwesenden haben dem Landtag mit auf den Weg gegeben, dass schnelles Handeln erforderlich ist. Noch vor drei Wochen, Herr Minister, gab es von Ihrem Hause und auch von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion erbitterte Gegenwehr gegen die Anerkennung des Pflegetotstandes.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wir haben keinen Notstand!)

Ich zitiere das Institut, das Sie beauftragt haben, nämlich die Forschungsgesellschaft für Gerontologie, die vor drei Wochen ausgeführt hat:

Dass bis 2015 ein Pflegetotstand eintritt, erscheint nicht realistisch, wenn man den bisherigen Ausbildungsertrag weiter ausbildet. Sinkende Ausbildungszahlen führen nicht zwangsläufig zu einem geringeren Ausbildungsertrag.

Sie haben ja gerade eingeworfen, Herr Minister, dass wir keinen Pflegetotstand haben. Dann verwundert mich aber, dass Sie am Montag bei „10 Jahre Pflegerat NRW“ gesagt haben, dass wir in den nächsten Jahren mittelfristig nicht mehr ohne osteuropäische Arbeiterinnen und Arbeit im Pflegebereich auskommen. Vielleicht haben ja alle Sie missverstanden.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

Es ging jedoch durch die gesamte Presse, dass Sie dieses gesagt haben.

(Minister Karl-Josef Laumann: Eine Zeitung!)

